

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

geleisteten Wiederaufbauhilfe durch das Land Nordrhein-Westfalen für erledigt zu erklären. Ich darf Sie fragen, ob Sie dieser Beschlußempfehlung zustimmen wollen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dies einstimmig so beschlossen, und der Antrag ist für erledigt erklärt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/5517 in der Fassung des zweiten Neudrucks, und zwar in direkter Abstimmung nach § 88 Abs. 1 der Geschäftsordnung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das Ergebnis bedeutet, daß der Antrag Drucksache 11/5517 (zweiter Neudruck) abgelehnt worden ist.

Wir haben nun abschließend über den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/5571 abzustimmen. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist abgelehnt worden.

Wir haben damit den Tagesordnungspunkt 13 erledigt.

(B) Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Gesetz zu dem Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, Körperschaft des öffentlichen Rechts, dem Landesverband der Jüdischen Kultusgemeinden von Westfalen, Körperschaft des öffentlichen Rechts, und der Synagogen-Gemeinde Köln, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/4949

Beschlußempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 11/5446

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Kollegen Grätz für die Fraktion der SPD das Wort.

(C) Abgeordneter Grätz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute die abschließende Lesung des Gesetzes zum Staatsvertrag mit den Jüdischen Gemeinden. Inzwischen sind die Ausschüßberatungen gewesen. Sie brachten noch einige zusätzliche interessante Aspekte; ich will kurz darauf hinweisen.

Zum einen kam es zur Klarstellung einiger Zahlen. Dies ist ja einer der wichtigen Aspekte dieses Gesetzes überhaupt: daß es zu einer deutlichen Anhebung der Leistungen gegenüber den Jüdischen Gemeinden kommt.

(Vorsitz: Präsidentin Friebe)

Zum anderen haben wir ausführlicher über die seit 1989 erfolgte und noch zu erwartende Zuwanderung jüdischer Menschen aus der GUS beraten. Wir haben festgestellt, daß sich die Zahl der jüdischen Mitbürger in Deutschland wohl in Kürze verdoppeln wird. Dies trifft vor allen Dingen in den Zentren zu: in Berlin, in Frankfurt, in München, aber im selben Maße auch in Nordrhein-Westfalen. Wir haben dazu einzelne Zahlen der Großstädte gesehen, die dies deutlich machen und die schon von den Zahlen her die Steigerung der Finanzmittel rechtfertigen.

(D) Ich möchte auch heute an meinen Vorschlag in der ersten Lesung erinnern: daß wir als Landesparlament einmal jährlich mit den Repräsentanten der Jüdischen Gemeinden im Lande zusammenkommen. Ich kann mir vorstellen, daß die deutsch-israelische Parlamentariergruppe in unserem Hause dazu als Multiplikator tätig sein könnte.

Warum sage ich dies? - Unter anderem deshalb, weil man schon einmal hier und da von Differenzen zwischen jüdischen Gemeinden auf der einen Seite und Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit auf der anderen Seite hört. Ich meine, wir sollten solche gelegentlichen Spannungen nicht mit unserem allfälligen Philosemitismus überdecken, sondern offen aufarbeiten.

Des weiteren, meine Damen und Herren, sollten wir die Probleme im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus und der Gewalt - beide haben sehr viel mit Antisemitismus zu tun - in der klaren und engagierten Art mit den Partnern in den jüdischen Gemeinden so diskutieren, wie es der Vorsitzende des Zentralrates vorgegeben hat.

(A) (Grätz [SPD])

Der Landtag hat zu diesem Thema in den letzten Monaten einige Anhörungen durchgeführt, die eine überzeugende Bestandsaufnahme erbracht haben. Allerdings sind Bestandsaufnahmen noch keine Problemlösungen, bieten dafür keine Patentrezepte. Im Gegenteil: Man muß immer wieder neue Anläufe nehmen.

Man kann es nicht verschweigen: Nachdem in den letzten Wochen die Zahl der Vorfälle, der Anschläge abnimmt, erlahmt deutlich sichtbar schon wieder das öffentliche Interesse an diesen Themen. Ich muß sagen: Mich macht das etwas ratlos. Ist das das allzu Menschliche? Oder ist dies ein Ausfluß auch unserer Mediengesellschaft, die immer schneller Themen aufgreift und immer schneller Themen fallenläßt?

Ich will auf ein Letztes hinweisen: Zur Zeit gründet sich in unserem Lande ein Verein "Wider das Vergessen", um einen Beitrag zur Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz zu leisten. Auschwitz gehört zu den 322 Kulturstätten - dieses Wort kommt einem etwas schwer über die Lippen. Gleichwohl ist es - denkt man einmal darüber nach - durchaus akzeptabel. Auschwitz gehört zu den 322 Kulturstätten, die von der UNESCO unter sogenannten "ewigen Schutz" gestellt worden sind.

(B)

Wir haben im Ausschuß gehört, daß die Bundesländer dafür 10 Millionen DM aufbringen werden und der Bund seinerseits 10 Millionen DM dazutun wird. Allerdings werden insgesamt 70 Millionen DM gebraucht, um die Gedenkstätte langfristig instand zu halten.

Wir haben im Ausschuß - speziell im Kulturausschuß - auch noch einmal das Thema Gedenkstättenarbeit in Nordrhein-Westfalen erörtert. Ich glaube, diesbezüglich ist schon sehr viel geschehen. Es gibt eine sehr gute wissenschaftliche und publizistische Vorarbeit.

Gleichwohl müßte vom Land, den Landschaftsverbänden, den Kommunen, den Jugendverbänden - auch und gerade von der politischen Bildung - noch weiteres geschehen. Der Landtag kann ebenso mit einigen Anregungen, die gemacht worden sind, dazu einen Beitrag leisten, womit ich nicht meine, daß das gewissermaßen die Nische des Kulturausschusses sein soll. Ich glaube schon, daß das etwas mehr sein könnte.

Wir stimmen diesem Gesetz gerne zu. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Beifall des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.])

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Grätz. - Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Klose.

Abgeordneter Dr. Klose (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der ersten Lesung des Gesetzentwurfes zu dem Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den Jüdischen Gemeinden von Nordrhein-Westfalen hatte ich Gelegenheit, für die Fraktion der CDU dieses Vertragswerk zu würdigen und die Bedeutung der Vereinbarungen hervorzuheben. Es bleibt mir in der zweiten Lesung vor allen Dingen die Feststellung: Ich freue mich darüber, daß dieser Vertrag von allen Fraktionen Zustimmung erfährt.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Das ist für den Landtag von Nordrhein-Westfalen sicherlich eine gute Stunde, selbst wenn damit nicht alle Probleme gelöst sind, um deren Lösung wir uns bemühen wollen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Eben.)

Aber dieser Vertrag ist - so spät er auch kommt - doch eine Antwort gerade auf kritische Fragen, die in unseren Tagen gestellt werden. Es ist eine gute Lösung getroffen worden, daß mit dem Vertrag der äußere Bestand der jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen gesichert werden soll und sich das Land verpflichtet und zusagt, materielle und finanzielle Hilfen zu gewähren.

Die Aufgaben der jüdischen Gemeinschaft sind auch in unserem Land gewachsen. Menschen, die in den GUS-Staaten - also den Nachfolgestaaten der Sowjetunion - gelebt haben, kommen nun nach Deutschland, wo sie Zuflucht vor antisemitischen Gefahren in ihren Herkunftsländern suchen, die ihnen das Leben dort schwermachen. Es ist vielleicht auch ein gutes Zeichen, daß wir sie in Deutschland aufnehmen und ihnen Heimat geben können.

Der Vertrag - das haben die Beratungen im Ausschuß gezeigt - ist gleichfalls ein Bekenntnis zur jüdischen Gemeinschaft in Nordrhein-Westfalen, ihrem Beitrag

(A) (Dr. Klose [CDU])

zum kulturellen Erbe in diesem westlichen Teil Deutschlands und vor allen Dingen zum Wiederaufbau einer demokratischen Ordnung in Deutschland. Daran haben die Juden in Deutschland als deutsche Staatsbürger in den vergangenen Jahrzehnten großen Anteil gehabt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Selbst wenn wir die Bedeutung dieses Vertrages nun nicht überbewerten wollen, dürfen wir in ihm doch eine Absage an jede Form des Antisemitismus sehen.

(Beifall des Abgeordneten Trinius [SPD] und des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Wir dürfen stolz darauf sein, daß das heute in diesem Hause ohne Meinungsverschiedenheiten gelingt.

Das Tal der Gemeinden in Yad Vashem will und soll die Erinnerung an Hunderte jüdischer Gemeinden, die dem nationalsozialistischen Terror und der rassistischen Verfolgung zum Opfer fielen, und damit auch an viele Gemeinden im Rheinland und in Westfalen erhalten.

(B) Der Vertrag ist eine kleine bescheidene Antwort an diese Verpflichtung zur Erinnerung, wenn auch nicht eine einzige der vernichteten Gemeinden dadurch wiederhergestellt wird. Gleichwohl wird dadurch der Blick in die Zukunft gerichtet, daß man in unserem Land die Konsequenzen aus der Vergangenheit zieht und dies heute vertraglich sichert, was es bisher in der Geschichte Deutschlands nie gegeben hat. Im Mittelalter gab es Schutzbriefe, die meistens nicht sehr viel Wert waren. Wir wählen heute die Basis des Staatsvertrages, eines modernen Instrumentes, mit dem man solche Grundprobleme mit den kulturellen Minderheiten im eigenen Lande lösen kann.

Ich möchte hinzufügen, daß dieser Vertrag bei aller Notwendigkeit, finanzielle Regelungen zu treffen, Hilfen zu gewährleisten, beispielsweise bei der Wiedereinrichtung von Friedhöfen, über die getroffenen Vereinbarungen hinaus Wirkungen für alle Vertragspartner auf beiden Seiten entfalten kann, wenn diese das wollen. Das sind Wirkungen, die uns, die wir auf der staatlichen Seite stehen, betreffen. Dazu gehört nicht nur die Regierung, der Ministerpräsident, die Landesregierung und der Landtag, sondern jeder einzelne Abgeordnete. Wir sollten daraus alle eine Verpflichtung, einen Auftrag übernehmen, dafür zu sorgen, daß die inneren Beziehungen zwischen den

jüdischen Gemeinden und dem Staat in den nichtjüdischen Teilen der Gesellschaft weiter anwachsen, so daß dieser Vertrag über seine Regelungen hinaus mit innerem und weitergehendem Leben erfüllt wird. Mein Wunsch wäre es, den ich auch für unsere Fraktion aussprechen möchte, daß mehr aus diesem Vertrag wird als nur die gegenseitige Verpflichtung, die Vereinbarungen einzuhalten.

Ich habe die Hoffnung, daß dieser Vertrag ein Beitrag dazu ist, daß die jüdischen Mitbürger unter uns durch den Vertrag die Gewißheit bekommen, daß sie in einem Land leben, in dem die Bürger in ihrer ganz großen Mehrheit die geschichtlichen Lehren dieses Jahrhunderts und der Jahrhunderte davor begriffen haben und daß darüber hinaus unsere Mitbürger jüdischen Glaubens und die Angehörigen der jüdischen Gemeinden nun auch die Gewißheit haben, daß sie in einem Land leben, in dem Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und die Toleranz als unantastbare Werte auf Dauer gelten und daß man hier in Frieden leben kann.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Dr. Klose. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dorn.

Abgeordneter Dorn (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfes habe ich das Ja unserer Fraktion dazu begründet, und ich bin auch auf die Hintergründe der Notwendigkeit dieses Gesetzes eingegangen.

Im Mai vor 60 Jahren brannten die Bücher vieler jüdischer Schriftsteller in Deutschland, später die Synagogen und dann die Menschen in den Vernichtungsöfen. Nach 1933 haben viele Juden, vor allen Dingen aus dem kulturellen Bereich, soweit sie es noch konnten, Deutschland verlassen. Heute kommen viele wieder zu uns zurück, weil die Vertrauensbasis zu diesem neuen Deutschland bei ihnen neu gewachsen ist. Unsere Verpflichtungen, die daraus erwachsen, werden für Generationen bleiben.

Ich möchte jetzt ein persönliches Wort an die Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion sagen. All das, was Ihr Kollege Grätz hier vorgetragen hat, war richtig und wichtig. Um so unverständlicher ist es uns

(C)

(D)

(A) (Dorn [F.D.P.]

Freien Demokraten, daß Sie unserem Antrag vorhin nicht zugestimmt haben. Deswegen möchte ich Ihnen noch einmal die Leitsätze dieses Antrages vorlesen, weil sein Inhalt nämlich untrennbar mit dem verbunden ist, wie wir miteinander umgehen - ob Juden oder Nichtjuden in diesem Lande.

Menschenrechte sind unteilbar

heißt unser Antrag.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen spricht sich dagegen aus, ethnische Konflikte oder solche zwischen Volksgruppen mit Waffengewalt zu lösen. Der Landtag Nordrhein-Westfalen setzt sich nicht nur für die Menschenrechte der Kurden, sondern für die Menschenrechte aller Völker und Volksgruppen in der ganzen Welt ein.

...

Die Menschenrechte sind für den Landtag Nordrhein-Westfalen unteilbar

- für die Menschen in diesem Lande, ob jüdischen oder nichtjüdischen Glaubens, für die Menschen in dieser Welt. Und das lehnen Sie geschlossen ab? - Die Verachtung dieses Antrages spricht Bände für die Glaubwürdigkeit der Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen und Ihrer Kritik, wie Sie sie selbst oft aussprechen. Wenn Sie entscheiden, entscheiden Sie anders. Unvorstellbar für mich! Das muß ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen.

(B)

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Dorn. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Vesper.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es sehr bedauerlich, daß Herr Kollege Dorn die Debatte über diesen Staatsvertrag, die ein Niveau hatte, das sich sehen lassen kann, dazu nutzt, in dieser Weise billige Parteipolemik hineinzubringen.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Das hat mit Parteipolemik nichts zu tun! - Abgeordneter

Tschoeltsch [F.D.P.]: Es geht nicht um Parteipolemik!)

- Herr Kollege Dorn, Sie wissen ganz genau, daß das ganze Haus den Grundsatz, daß Menschenrechte unteilbar sind und für alle Völker und Volksgruppen in der ganzen Welt gelten

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Warum lehnen Sie den Antrag dann ab?)

- das will ich Ihnen sagen, Herr Dorn -, teilt. Aber es geht nicht an, daß man, wie es die F.D.P.-Fraktion mit diesem Entschließungsantrag gemacht hat, einen Antrag einbringt, um den Landtag durch den Kakao zu ziehen.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Unglaublich! - Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das ist unerhört, was Sie hier sagen!)

So kann man mit einem solchen Antrag nicht umgehen, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Dorn [F.D.P.]

- Entschuldigen Sie einmal, ich lese Ihnen vor, was Sie hier schreiben. Ich will es nicht in der Weise polemisch machen, wie Sie es getan haben. Sie haben gesagt:

Der Landtag Nordrhein-Westfalen bekräftigt alle internationalen Verträge und Deklarationen zu den Menschenrechten.

Dann kommt eine ellenlange Aufzählung. Ich kann das in dem Verhältnis auch zu dem Antrag, den SPD-Fraktion und GRÜNE-Fraktion gemeinsam zu den Kurden gestellt haben, nur als ein Durch-den-Kakao-Ziehen, als einen Show-Antrag bewerten. Das ist einer solchen Frage der Menschenrechte nicht angemessen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie es wirklich ernst meinen, dann stellen Sie einen seriösen Antrag zu den Menschenrechten. Man kann die Menschenrechte der Kurden nicht gegen Menschenrechte anderer Völker und Volksgruppen in der Weise ausspielen, wie Sie es gemacht haben.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Das habe ich nicht gemacht!)

(C)

(D)

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

Sie haben in den letzten Tagen eine regelrechte Kampagne zu dem gemeinsamen Antrag von SPD und GRÜNEN zu den Menschenrechten der Kurden gefahren. Sie haben Pressemitteilungen herausgegeben. Sie haben das in Gegensatz zu der Diskussion über die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen gestellt.

Wenn man die Menschenrechte der Kurden ernst nimmt, kann man so nicht vorgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte aber zum eigentlichen Thema - -

(Abgeordneter Meyer zur Heide [SPD]: Der peinliche Ausfall des Kollegen Tschoeltsch in der Geschäftsordnungsdebatte!)

- Ja, er hat das in den verschiedensten Zusammenhängen getan.

Ich möchte aber zum eigentlichen Thema zurückkommen. Auch die Fraktion DIE GRÜNEN begrüßt den Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den Landesverbänden der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein-Westfalen und der Synagogen-Gemeinde Köln, denn gerade in der heutigen Zeit sind solche Zeichen notwendig.

(B)

Wir haben kürzlich Gespräche mit Vertretern und Vertreterinnen dieser jüdischen Gemeinden geführt und uns dabei kundig gemacht, auf welchen Boden ein solcher Vertrag fällt und mit welchen Problemen die jüdischen Gemeinden in der heutigen Realität zu kämpfen haben.

Wir als Politikerinnen und Politiker stehen auf der Seite der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gegen die Spirale von Fremdenfeindlichkeit, Judenfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit und was da sonst noch alles kommt. Wir zeigen mit diesem Vertrag, daß die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserer Gesellschaft willkommen sind.

Wenn man den Vertrag liest - die nüchternen Formulierungen -, kommt einem an manchen Stellen fast der Eindruck, daß es ein bißchen wenig ist, weil es in weiten Bereichen mehr um finanzielle Zuwendungen geht als um politische und gesellschaftliche Annäherungen.

(C)

Ein Vertrag reicht eben nicht. Er muß mit Leben gefüllt werden. Das haben meine Vorredner auch gesagt. Es reicht nicht, immer nur und immer wieder unsere guten Absichten zu verkünden, sondern wir müssen auch etwas in diese Richtung tun. Ein Staatsvertrag ist das eine. Was wir zusätzlich bräuchten, wäre ein Gesellschaftsvertrag. Daran müssen wir alle arbeiten und alle mitwirken. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Vesper. - Ich erteile dem Abgeordneten Trinius für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Trinius (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer auf die Geschichte des Zusammenlebens Menschen jüdischen Glaubens mit Menschen evangelischer und katholischer Konfession in Deutschland zurückblickt, sollte dies auch aus einem Gefühl tiefer Dankbarkeit tun. Denn was die jüdische Glaubensgemeinschaft für die Entwicklung der Kultur, die wir gern eine abendländisch/christliche nennen, insgesamt bedeutet hat, wird häufig unterschätzt.

(Demonstrative Zustimmung des Abgeordneten Schultz [SPD])

(D)

Wir haben in unser ganzes religiöses Erbe das gesamte von uns so genannte Alte Testament aufgenommen. Ich bitte jeden einmal, darüber nachzudenken, wie lebendig die Geschichten des Alten Testaments im Bewußtsein des ganzen Volkes sind. Es ist Bestandteil unseres Denkens, unserer Kultur geworden.

Ich bedauere manchmal, daß viele Dinge, die dort überliefert werden, etwa die Schöpfungsgeschichte in ihrer ersten älteren und dann in ihrer jüngeren zweiten Fassung oder das Buch Hiob oder der ganze Psalter in unseren Schulen nicht in der Weise gewürdigt werden, wie das vielleicht erforderlich wäre. Manchmal habe ich den Eindruck, daß der Religionsunterricht zu sehr an Aktualitäten interessiert ist als an dem, was dort schriftlich überliefert ist.

Aus einem Gefühl der Dankbarkeit diesen Vertrag schließen - das wäre auch ein Weg, Trauer zu bekunden. Aus diesem Bewußtsein des Wertes auch dessen,

(A) (Trinius [SPD])

was wir nicht nur verloren, sondern selbst vernichtet haben, in die Zukunft zu gehen, wäre eine Empfehlung.

Lassen Sie mich aber ein paar Bemerkungen zu dem machen, was Kollege Dorn hier angemerkt hat. Wenn Sie das ernst nehmen, was wir hier heute als Landtag gemeinsam verabschieden, dann kann das, was er so gesagt hat, gar nicht so stehenbleiben. Das ist das erste.

Das zweite: Es ist doch hier, weil man einen Weg finden wollte, an dem Antrag der GRÜNEN vorbeizukommen, die Form eines Entschließungsantrags gewählt worden, der alles, was generell und allgemein für die Bundesrepublik gilt, weil sie diese Verträge unterschrieben hat, noch einmal ausdrücklich aufführt.

Ich meine, daß ein solcher Weg im Hinblick auf das aktuell Anstehende - wie gehen wir von Nordrhein-Westfalen aus mit dem Problem der Kurden in der Türkei um? - untauglich war.

(B) Mißbrauchen Sie das Abstimmungsverhalten der Sozialdemokraten an diesem Punkt, an dem es um die Lösung eines konkreten Problems ging, bitte nicht als Absage an die Menschenrechte.

(Abgeordnete Thomann-Stahl [F.D.P.]: So muß man es aber verstehen!)

Sie lägen damit völlig daneben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Schwier das Wort.

Kultusminister Schwier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung dankt allen Fraktionen des Hauses. Sie hat den Eindruck, daß nicht oft Gesetze hier mit so viel übereinstimmendem persönlichen, politischen und emotionalen Zuspruch beraten worden sind wie das Gesetz zum Vertrag des Landes Nordrhein-Westfalen mit den Jüdischen Kultusgemeinden.

Ich weiß nicht, ob diesem Anliegen die Aktualität oder auch Scheinaktualität der letzten Auseinandersetzung hilfreich war. Ich habe aber auch nicht den

(C)

Eindruck, daß das, was sich in der ersten Lesung und in wesentlichen Teilen der zweiten Lesung in den Beratungen im Haupt- und Kulturausschuß gezeigt hat, dadurch in Frage gestellt ist.

Das umfassende persönliche Engagement und die Entschlossenheit, mit der die Zustimmung zu diesem Vertrag ausgedrückt worden ist, zeigt an einer ganz wichtigen Stelle, daß die demokratischen Parteien in Deutschland die Augen vor der Vergangenheit nicht verschließen und deshalb auch nicht blind sind für das Geschehen in der Gegenwart. Dieser Staatsvertrag hat natürlich in erster Linie eine Aufgabe für Gegenwart und Zukunft.

Ich war dabei, als der Vorsitzende des Jüdischen Landesverbandes von Westfalen, Kurt Neuwald, anlässlich der Vertragsunterzeichnung im Dezember 1992 über die Zuwanderung in Sonderheit aus der ehemaligen Sowjetunion und die Probleme, die damit auf die oft kleinen, zum Teil überalterten jüdischen Gemeinden zukommen, gesprochen hat. Er und alle anderen waren und sind sehr dankbar über diesen Staatsvertrag.

Er hat auch von den Vorbehalten und Bedenken gesprochen, die es in jüdischen Gemeinden gab, einen solchen Vertrag zu schließen. Er hat uns dazu gesagt: Diejenigen, die über viele Jahre und Jahrzehnte in unserem Land leben und uns erlebt haben, hätten andere davon überzeugt, man könne mit uns einen Vertrag schließen. Das anfängliche auch bei der nachfolgenden Generation gelegentlich noch vorhandene Mißtrauen habe sich auf ein gesundes Maß an Wachsamkeit reduziert. - Ich denke, solch ein gesundes Maß an Wachsamkeit steht jedem Bürger unseres Landes gut an.

(D)

Ich hoffe, es gelingt uns, bei 47 000 Einreiseanträgen von Juden aus den Staaten der GUS beim Bundesverwaltungsamt, von denen ein großer Teil auch in unser Land kommen will, nicht nur den Vertrag zu erfüllen, sondern auch zum Vertragen beizutragen. Ich habe den Eindruck, daß dabei alle Fraktionen des Hauses und die Landesregierung zusammenarbeiten werden.

(Beifall bei SPD, CDU und GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister. - Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich noch einmal Herrn Kollegen Dorn das Wort.

(A)

Abgeordneter Dorn (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Vesper, Ihre Wertung nehme ich zur Kenntnis. Ich bitte Sie nur, die Rede von mir zur ersten Lesung dieses Gesetzes zu lesen. Vielleicht kommen Sie dann zu anderen Ergebnissen.

Herr Kollege Trinius, Sie haben gesagt, Sie wollten die Menschenrechte achten, aus dieser Abstimmung könne man das aber nicht schließen. - Ich hoffe, daß wir uns bei zukünftigen Abstimmungen vorher auch über den Text verständigen können, denn einige Kollegen von Ihnen haben gesagt, wenn sie den Text so zur Kenntnis genommen hätten, wäre dieser Antrag zustimmungsfähig gewesen.

Die Auflistung, die enthalten ist, war ja nur eine Begründung dafür, weshalb wir international diese Menschenrechtsachtung in den Vordergrund aller unserer politischen Überlegungen stellen wollen. Das sollte die Ausgangsposition zumindest für künftige Überlegungen sein, wenn dieses Thema erneut auf der Tagesordnung steht.

(Beifall bei der F.D.P.)

(B) **Präsidentin Friebe:** Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Dr. Vesper, bitte schön!

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dorn, wenn ich bedauert habe, daß Sie die beiden Themen verknüpft haben, so wollte ich damit keinesfalls Ihre Haltung zu dem Vertrag mit den jüdischen Gemeinden in Zweifel ziehen. Das möchte ich ausdrücklich feststellen, weil ich das Gefühl habe, daß ich mich da vielleicht mißverständlich ausgedrückt habe.

Ich bin der Meinung, daß ein solches Gerangel um die beiden Anträge, die zur Kurdenfrage, zur Menschenrechtsfrage vorlagen, eigentlich nicht in diese Debatte gehörte. Deshalb habe ich auf diese Weise Stellung genommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

(C)

Wir kommen zur Abstimmung. Der Hauptausschuß empfiehlt in seiner **Beschlußempfehlung Drucksache 11/5446**, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Der Gesetzentwurf ist einstimmig **angenommen**.

Herr Kollege Grätz, ich würde gern Ihre Anregung aufnehmen, daß einmal ein Gespräch mit der Parlamentarischen Deutsch-Israelischen Gruppe und mit der Jüdischen Gemeinschaft durchgeführt wird. Wenn es dieses Bedürfnis gibt, sollten wir das tun. Vielen Dank für die Anregung.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich berufe das Plenum für morgen früh, 10.00 Uhr, wieder ein. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und eine gute Heimfahrt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 19.06 Uhr

*) Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GeschO)

(D)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und Rednerinnen.

Ausgegeben: 15. Juni 1993

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 11 43, Telefon (02 11) 884 24 39, zu beziehen.